Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 164
22. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution. Von Sinowjew 1395

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Bartz 1397
Der Arbeiterkongreß in Chemnitz. Von Müller . 1398
Aufruf der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen an die werktätigen Frauen Deutschlands 1398

Politik.
Die neue Entwicklung der Ruhr- und Reparationskrise. Von Rosenberg 1399

Aus Sowjetrußland.
Die Erste Internationale Bauernkonferenz an Lenin . . 1400
Ein Kampfgruß der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Von Rubiner 1400

Arbeiterbewegung.
Die Stellung der KPF. zum Kongreß der CGTU. . . . 1400

Proletarische Frauenbewegung
Die Vierte Frauen-Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Von Sturm . . 1401

Arbeiterhilfe
Die Japanhilfe der Internationalen Arbeiterhilfe . . . 1402

Aufrufe.
An die Arbeiter und Bauern Bulgariens! 1402

Die Probleme der deutschen Revolution.

Die schlaue Legende vom „Bündnis" der Kommunisten mit den Nationalsozialisten.

Von G. Sinowjew,

** Die deutsche Arbeiterklasse geht der Machtergreifung entgegen. Die einzige im Aufstieg befindliche politische Partei Deutschlands, die trotz aller Verfolgungen mit jedem Tage wächst und erstarkt, ist die Kommunistische Partei. Alle anderen politischen Parteien sind im Niedergang begriffen, sie verlieren an Einfluß, sie sterben ab.

Ein „angesehener" deutscher Menschewik (P. Hertz) schrieb unlängst im „Sozialistischen Boten": „Da die Sozialdemokratie sogar mit den Kommunisten nur einen Teil der Arbeiterklasse umfaßt, während ein bedeutender Teil der proletarischen Intellektuellen und der besitzlosen mittleren bürgerlichen Elemente sich im bürgerlichen Lager befindet, so ist die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland auch rein zahlenmäßig nicht imstande, die Macht zu ergreifen."

Diese „tiefsinnige" Sentenz ist eines Menschewisten würdig. Jeder Menschewik, der sich halbwegs achtet, hat immer tausend Gründe und einen auf Vorrat, die gegen eine Revolution sprechen. Man kann ihm 99 Prozent bei der Sozialdemokratischen Partei organisierte Leute präsentieren, die das Erfurter Programm und die gesammelten Werke Kautskys auswendig können, und er wird auch dann noch fordern, daß das eine übriggebliebene Prozent durch allgemeine, direkte und geheime Abstimmung erst feststelle, was die „Revolution" eigentlich sei, ob sie im gegenwärtigen Augenblick nötig und was vorzuziehen sei: die Konstituante oder die proletarische Diktatur?

In Wirklichkeit haben die 20 Millionen deutscher Proletarier eine mehr als genügende Schule der Organiation durchgemacht, um ihre Revolution durchführen zu können. Und sie werden sie durchführen. Der ganze Sinn der Vorgänge innerhalb der Arbeiterklasse, angefangen bei der Eroberung der Betriebsräte durch die Kommunisten bis zu den Wahlen zum Metallarbeiterverbandstag, bis zum Auguststreik dieses Jahres und bis zu allen übrigen Wendungen des Kampfes, besteht darin, daß die Arbeiterklasse Deutschlands der Kommunistischen Partei die politische Führung der Bewegung übertragen hat.

Die traurigen Helden der Zweiten Internationale stecken feige die Köpfe in den Sand und tun so, als ob sie diese Grundtatsache nicht bemerken, die für die nächste Zeit den ganzen Gang der Weltrevolution bestimmt. Das soll aber keineswegs heißen, daß die Herren Sozialdemokraten die Hände in den Schoß legen und sich in ihr Schicksal fügen. Nein. Der Internationale Menschewismus sieht (oder fühlt) den unabwendbaren Sieg des deutschen Proletariats im nahenden Revolutionssturm und trifft seine Maßnahmen. Und der internationale Menschewismus ersinnt die Legende vom angeblichen „Bündnis" zwischen dem deutschen Kommunismus und dem — Nationalismus; nicht mehr und nicht weniger.

Je heftiger der Kampf der von der deutschen Kommunistischen Partei geführten deutschen Arbeiterklasse entbrennt, je mehr sich das deutsche Proletariat dem Siege nähert, desto offener tritt die verräterische Politik des internationalen Menschewismus zutage, desto deutlicher zeigt sich der teuflische Plan der Führer der Zweiten Internationale gegen die deutsche Revolution.

Ein jeder weiß, daß bereits seit einigen Monaten zwischen dem deutschen Kommunismus und dem Faschismus ein bewaffneter Kampf tobt. Es vergeht kaum ein Tag ohne unmittelbare bewaffnete Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Faschisten — Zusammenstöße, die nicht nur den Faschisten, sondern auch den kommunistischen Arbeitern Dutzende und Hunderte von Menschenleben kosten. Ein jeder weiß, daß, als die deutsche Kommunistische Partei im Sommer dieses Jahres — einen allgemeinen Kampf mit dem Faschismus vorausahnend — einen Antifaschistentag veranstalten wollte, diese Demonstration von den zur Zweiten Internationale gehörenden deutschen Sozialdemokraten untersagt worden ist. Ein jeder weiß, daß der schwarze Kriegsminister Geßler die rechte Hand des Sozialdemokraten Ebert ist, daß der General Seeckt in Wirklichkeit zu dem Koalitionsblock gehört, in dem die Führer der Sozialdemokratischen Partei sitzen; ein jeder weiß, daß der nationalistische Umsturz in Bayern in Wirklichkeit das Ergebnis der „Tätigkeit" der sozialdemokratischen Führer ist; ein jeder weiß, daß bereits seit Jahren zwischen der SPD. und der deutschen nationalistischen Bourgeoisie ein ausgesprochenes Zusammenarbeiten gegen die deutsche Arbeiterklasse vor sich geht. Und nichts destoweniger brüllen die deutschen Sozialdemokraten auf allen Gassen über das angebliche Bündnis der Kommunisten mit den Nationalisten.

Und warum das?

Die beste Antwort darauf ist die Handlungsweise der Freunde der deutschen Sozialdemokraten — der französischen Sozialchauvinisten.

Die französischen, mit Verlaub zu sagen „Sozialisten", die zur Zweiten Internationale gehören, wissen sehr wohl, wie es auch die Führer der deutschen Sozialdemokratie wissen, daß der Sieg des deutschen Proletariats und die Errichtung einer proletarischen, von den Kommunisten geleiteten, Regierung in Deutschland nahe und unabwendbar ist. Diese Herrschaften

legen sich ganz genau Rechenschaft darüber ab, daß die französische Bourgeoisie mit Poincaré an der Spitze den Versuch machen wird, die deutsche proletarische Revolution mit Waffengewalt zu ersticken. Bei all ihren „Meinungsverschiedenheiten" mit Poincaré betrachten sowohl die deutschen als auch die französischen Sozialdemokraten diesen als den Messias, als den künftigen Erlöser Deutschlands und ganz Europas vom „Schrecken der bolschewistischen Diktatur". Um Poincaré die Möglichkeit zu geben, im entscheidenden Augenblick Truppen gegen die deutsche Proletarierrevolution zu senden, muß der „Boden" bereits jetzt „vorbereitet" werden; es gilt, das entsprechende — moralische — Milieu zu schaffen. **Zu diesem Zweck also wird die Legende vom angeblichen Bündnis der Kommunisten mit den Nationalisten ersonnen.** Die französischen und die deutschen Sozialdemokraten sowie auch die Führer der Zweiten Internationale wollen am Tage nach dem Siege des deutschen Proletariats den französischen Soldaten sagen können: Was jetzt in Deutschland geschieht, das war keine proletarische Revolution, das ist eine nationalistische Bewegung, das ist eine Art ungeheuerlicher Kreuzung zwischen Nationalismus und Kommunismus, das ist die Vorbereitung zu Revanchekriegen gegen Frankreich usw. Dieselbe verräterische Rolle, die im Jahre 1914 die Losung von der „Vaterlandsverteidigung" im imperialistischen Kriege spielte, **soll jetzt durch die Legende vom angeblichen Bündnis des Kommunismus mit dem Nationalismus ersetzt werden.** Man bemüht sich, die große proletarische Revolution Deutschlands im voraus zu diskreditieren. Bereits jetzt entstellt man ihren Sinn, verleumdet sie und lügt über sie, wie man vor Jahren über die große russische Revolution gelogen hat.

Was die französische „sozialistische" Partei jetzt tut, das ist eine regelrechte großzügige Schiebung. Alle Tage spielt sich nicht nur in Renaudels Organ „Populaire", sondern auch im Organ des Halunken **Frossard** eine wahre Orgie ab — desselben Frossards, der noch unlängst zu den Kommunisten gezählt hat, sich dann aber an die Bourgeoisie verkaufte (siehe die auf Kosten der Bourgeoisie herausgegebene Zeitung „Egalité"). Als Hauptmacher fungiert der abgestempelte Gauner und Federfuchser **Grumbach**, der jetzt dieselbe „Tätigkeit" ausübt, die er im Auftrage der Bourgeoisie im Jahre 1914 ausgeübt hatte. Zitate werden entstellt, Tatsachen werden gefälscht, Märchen werden erdacht. Man bemüht sich, die machtvolle Bewegung des deutschen Proletariats als eine trübe nationalistische Welle hinzustellen. Tagein, tagaus wird über das „Bündnis" der deutschen Kommunisten mit den deutschen Faschisten geschrieben und geredet. Aus den Spalten der „sozialistischen" Presse dringt diese giftige Lüge in die Spalten der hundertzüngigen bürgerlichen Presse, in das Dorf, in die Kasernen ein.

Poincaré kann mit seinen Leuten zufrieden sein. Die von den Führern der Zweiten Internationale ersonnene Legende ist nichts anderes als eine Vorbereitung des Sturzes der deutschen Proletarierrevolution durch den internationalen Imperialismus, nichts anderes, als eine moralische Rechtfertigung eines neuen, schon jetzt vorbereiteten imperialistischen Krieges, der gegen die deutsche Revolution und gegen deren etwaige Verbündete gerichtet sein wird. Das müssen die Arbeiter der ganzen Welt wissen.

Deutschland ist ein besiegtes Land. Der Imperialismus der Entente drückt Deutschland den Daumen aufs Auge. Nicht nur die 20 Millionen der Arbeiterklasse, sondern auch die zahlreiche kleinstädtische und ländliche Bevölkerung erfährt täglich am eigenen Leibe den Druck der fremden Bourgeoisie. Die Ereignisse der letzten Jahre haben auch das kleinbürgerliche Deutschland bis auf den Grund aufgewühlt. Die schwarzen Führer des deutschen Nationalismus, die Geistesgenossen von Poincaré und Co., haben lange Zeit im Trüben gefischt. Die Faschisten machen sich die erregte Stimmung, die Unruhe und die Verzweiflung der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten zunutze, sie versuchten und versuchen, die Aufmerksamkeit des Volkes von den Fragen des inneren Kampfes auf die Frage nach dem äußeren Feind abzulenken. Sie schüren die nationalistischen Leidenschaften usw. Die Verhältnisse gestatteten der deutschen Gegenrevolution bisher, bedeutende Mengen der kleinen Leute in Stadt und Land in ihre Netze zu locken. Die deutschen Kommunisten sind nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, alle Schichten der Besitzlosen, die den Faschisten aus (gerechtem und berechtigtem) Haß gegen die Unterdrücker der Entente folgten, dem Einfluß der bürgerlichen Nationalisten zu entreißen.

War denn etwa die Pariser Kommune nicht im Recht, als sie den Versuch machte, jenen Teil der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie gegen die Preußen zu mobilisieren, der aus Haß gegen die ausländischen Unterdrücker und gegen die einheimische Bourgeoisie, die Frankreich en gros und en detail verkauft hatte, der Kommune folgte?!

Hatte etwa die proletarische Revolution in Rußland in den Jahren 1917/1919/1920 nicht das moralische Recht, gegen den englischen, französischen ud deutschen Imperialismus alle jene Schichten der Bevölkerung zu mobilisieren, die hauptsächlich aus Haß gegen die Intervention bereit waren, die Rote Armee zu unterstützen?!

Haben denn die Sozialisten der Zweiten Internationale nicht selbst zugegeben, daß der Antisemitismus der „Sozialismus der dummen Kerle" sei, und daß es die Pflicht der Sozialisten sei, alle jene Schichten der Werktätigen vom nationalistischen Irrwahn zu befreien, die aus diesem oder jenem Grunde unter den Einfluß des Antisemitismus geraten waren?!

Die deutschen Kommunisten erfüllten diese Aufgabe nach besten Kräften und sie erfüllen sie zum Glück auch mit bestem Erfolg. Unter der Leitung der KP. hat die deutsche Arbeiterklasse bereits einen Teil der Großbourgeoisie neutralisiert und ist im Begriff, die Sympathien des übrigen Teiles zu gewinnen. Darin liegt ein Unterpfand des Sieges der deutschen Revolution.

Und der Revanchekrieg? Liegt darin wenigstens ein Körnchen Wahrheit? Bereitet sich die deutsche Revolution wirklich zum Kriege vor?

Alles wird von der Haltung der europäischen imperialistischen Bourgeoisie selbst abhängen. Wenn Poincaré und Co. ihre Truppen gegen die deutsche Proletarierrevolution führen, so besteht kein Zweifel darüber, daß sie früher oder später den Freiheitskrieg des sozialistischen Deutschlands gegen die bürgerliche Intervention verursachen werden. Mögen die Herren Grumbach und Frossard ihrem Patron Poincaré demgemäß berichten: Je roher, je gemeiner die Intervention der ausländischen Bourgeoisie gegen die deutsche Revolution sein wird, desto größer wird der Sturm des Protestes sein, den sie heraufbeschwört, desto eher werden sich alle lebendigen Kräfte des Landes zur Abwehr der fremden Unterdrücker um die Arbeiterklasse scharen.

Auf dem 7. Parteitag der RKP., der zur Zeit der Brester Verhandlungen (im Anfang des Jahres 1918) zusammentrat, bezeichnete Genosse **Lenin** den Entwurf des Brester Vertrages als einen Tilsiter Vertrag, und erklärte im Namen aller kommunistischen Arbeiter ganz Rußlands, daß es gegen die Intervention der ausländischen Bourgeoisie für die Proletarierrevolution nur eine Rettung gäbe: daß sich das ganze Land um die Arbeiterklasse schart und im geeigneten Augenblick ein sozialistischer, **vaterländischer** Krieg (gerade ein vaterländischer Krieg — dieses Wort hat Genosse Lenin mit Recht gebraucht —, denn das sozialistische Vaterland dürfen wir nicht nur, sondern müssen wir bis zum letzten Blutstropfen verteidigen) gegen die ausländischen Unterdrücker begonnen wird.

Die Revolution — das ist der Friede, so sprechen die deutschen Kommunisten. Die von der Kommunistischen Partei geführte **Arbeiterklasse Deutschlands will den Frieden.** Wenn kommunistische Redner in überfüllten Arbeiterversammlungen in Deutschland erklären, daß sie Deutschland vor dem Kriege retten, wenn sie die Macht ergreifen, da sie sich im äußersten Notfalle auf Kosten der expropriierten deutschen Bourgeoisie von der Entente loskaufen könnten, dann werden diese Erklärungen mit donnerndem Beifall aufgenommen. Wenn kommunistische Redner erklären, daß Deutschland mit dem Verbande der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Bündnis schließen und daß durch dieses Bündnis in ganz Europa der Friede gesichert sein werde, so erregt das noch größere Begeisterung.

Die Arbeiterklasse Deutschlands will den Frieden. Die deutsche und die französische Bourgeoisie wollen den Krieg. Und die deutsche und die französische Sozialdemokratische Partei helfen jede „ihrer" Bourgeoisie. Darin liegt das Wesen des gegenwärtigen Momentes.

Die Parteien der Zweiten Internationale sind schon längst in das Fahrwasser der Gegenrevolution geraten. Jetzt werden sie noch weiter gehen. Sie verwandeln sich in die aktive Garde des unversöhnlichsten Teiles der imperialistischen Bourgeoisie. Die sozialdemokratischen Führer werden offen zu Veranstaltern von Pogromen. Wer das bezweifelt, der möge sich der Henkerrolle der bulgarischen Menschewiki während der letzten bulgarischen Ereignisse entsinnen. Sogar der ergraute Kautsky schrieb unlängst in einem Brief an die Juden Rußlands, daß sie helfen müßten, die Sowjetregierung zu stürzen, wenn sie Pogromen entgehen wollten.

Wenn die russischen Menschewiki die Legende vom angeblichen „Roten Imperialismus" des Kreml ersinnen, so wollen sie in Wirklichkeit eine neue Intervention der ausländischen Bourgeoisie gegen den Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorbereiten. Wenn die Führer der deutschen und der französischen sozialdemokratischen Parteien die Legende über das angebliche „Bündnis" der deutschen Kommunisten mit den deutschen Nationalisten ersinnen, so bereiten sie im Auftrage der internationalen imperialistischen Reaktion Giftgase für den Krieg gegen die deutschen Arbeiter vor.

Die Führer der Zweiten Internationale sind zu offenbaren Gendarmen der internationalen Gegenrevolution geworden. Sogar dem menschewistischen „Sozialistischen Boten" ist dieser Tage (Nr. 16) ein wertvolles Bekenntnis entschlüpft:

„Im Ergebnis haben sich die Parteien der „am meisten interessierten" Länder aus Vertreterinnen einer einheitlichen internationalen Politik des Weltproletariats immer mehr und mehr in wohlwollende Vertreterinnen „ihres" Vaterlandes verwandelt, die nur darum besorgt sind, „möglichst annehmbare" Kompromisse, von verschiedenen nationalen Gesichtspunkten aus betrachtet, auszuarbeiten. Selbstverständlich legen die Diplomaten des Sozialismus unendlich vielmehr guten Willen, aufrichtige Friedensliebe, Humanität und Achtung vor dem Gegner in ihre kompromißlerische Tätigkeit als die Diplomaten der herrschenden Klassen."

Aus dem Munde der russischen Herren Menschewisten ist das wahrlich kein sehr schmeichelhaftes Kompliment an die Adresse der Führer der Zweiten Internationale. Augenscheinlich fangen sogar die Steine an zu schreien. Sogar unter den russischen Menschewiki ertönen vereinzelte Stimmen gegen den Verrat der Führer der Zweiten Internationale, was natürlich Abramowitsch und Dan nicht daran hindert, hinsichtlich der russischen Kommunisten dieselbe Rolle zu spielen, die in Frankreich von Frossard und von Grumbach gespielt wird.

Ein neuer Verrat an der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse wird vorbereitet, ein Verrat, der noch ungeheuerlicher sein wird, als der, den wir im Sommer des Jahres 1914 erlebten. Die Legende von der „Vaterlandsverteidigung" hat der internationalen Arbeiterklasse im imperialistischen Kriege viele Millionen Menschenleben gekostet. Die fortgeschrittenen Arbeiter der ganzen Welt müssen jetzt rechtzeitig ihre Maßnahmen treffen, um den Falschmünzern der Zweiten Internationale das Handwerk zu legen, wenn sie eine neue Legende ersinnen wollen, die für die internationale Arbeiterklasse verhängnisvoll zu werden droht!

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Wilhelm Bartz.

Berlin, den 22. Oktober 1923.

** Kein Tag, keine Stunde vergeht nunmehr in Deutschland ohne einschneidende Ereignisse: Einsetzen der Reichsexekutive in Sachsen, Ernennung des rebellierenden Generals v. Lossow zum Oberbefehlshaber des bayerischen Teiles der Reichswehr, Ausrufung der Rheinrepublik — alles an einem Tag.

Tagelang hat man die offene Auflehnung des bayerischen Militärbefehlshabers Lossow gegen den Reichswehrminister Geßler und des Generalstaatssekretärs Kahr gegen die Regierung Stresemann hingeschleppt, ohne auch nur irgendwie entscheidend Stellung dazu zu nehmen, so daß selbst die bürgerliche Presse mißfallend die Stirn runzelte, und als man sich dann aufraffte zu einem Entschluß, als man die Amtsenthebung Lossows ausgesprochen hatte, begann die Komödie von neuem. Trotz der Amtsenthebung und trotz der definitiven Erklärung der bayerischen Regierung, daß sie nicht daran denke, den „Kopf Lossows gegen den Kopf Geßlers einzutauschen", verhandelt man auch jetzt wieder und wieder mit Bayern — um eine friedliche Lösung herbeizuführen!

Anders Sachsen gegenüber. Tendenzmeldungen über Unruhen in Sachsen, die selbst von demokratischen Blättern Sachsens als erlogen und übertrieben bezeichnet werden, müssen hier herhalten, um der Regierung die Grundlage für ein verschärftes Vorgehen zu geben. Reichswehrverstärkungen werden in die verschiedensten Bezirke Sachsens verlegt, um die nirgends gestörte Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Man will die Arbeiterschaft niederhalten und der kommunistisch-sozialistischen sächsischen Regierung Schwierigkeiten bereiten, deren sie, wie man hofft, nicht Herr werden wird. Die proletarischen Hundertschaften, von denen heute selbst der Demokrat v. Gerlach in seiner „Welt am Montag" sagt, daß sie die Förderung der Regierung verdienen, weil sie die beste Bemannung des Schutzwalls gegen die Konterrevolution sind, diese proletarischen Schutzwehren wollen Ebert, Sollmann mit dem Säbel des Generals Müller um jeden Preis zerschlagen. Die Arbeiterschaft soll vollkommen wehrlos gemacht werden, weil sie der einzige ernsthafte Faktor ist, mit dem die Reaktion zu rechnen hat.

Sachsen gegenüber bedarf es keiner Verhandlungen. Hier tritt weder Ebert, noch Geßler, noch Stresemann als Vermittler auf. Hier bemüht sich der Reichswehrminister Geßler nicht persönlich, wie im Falle Lossow, wo er durch Ablehnung seines Empfanges durch den aufsässigen General sich eine schallende Ohrfeige holte, hier entsendet man keine Regierungsmitglieder, wie es jetzt trotz des vollzogenen Bruches Bayern gegenüber geschieht. Heißt es nicht, die Komödie auf die Spitze treiben, wenn jetzt durch das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau die folgende Meldung verbreitet wird?

„Die durch das gestrige bayrische Vorgehen geschaffene Lage hat eine entschiedene Entspannung erfahren. **Eine Neuvereidigung der Truppen der 7. (bayrischen) Division hat nicht stattgefunden und ist nicht geplant.** Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die verschiedenen in letzter Zeit zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterung in einer Sitzung des Reichsrats zu machen, um einen den Interessen des Reichs, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen."

Und wenn weiter gemeldet wird, daß der Reichsarbeitsminister Brauns — unter bezeichnender Ausschaltung des zuständigen sozialdemokratischen Innenministers Sollmann — nach München gefahren ist, um mit dem bayerischen Ministerrat Vermittlungsverhandlungen zu führen, so zeigen uns diese Tatsachen deutlich, daß das Kabinett Stresemann letzten Endes von demselben Geiste beseelt ist, der die bayrische Regierung beherrscht. Zynisch ist es ein recht billiger Trost, den die offizielle Meldung darin entdeckt hat, daß „eine Neuvereidigung der bayrischen Truppen nicht geplant sei". Die bayrischen Truppen und ihre Führer sind, ob mit, ob ohne Eid, in ihrem überwiegenden Teile gegen die „Juden-Republik" und gegen die „November-Verbrecher". Die „Rote Fahne", die diese Dinge kritisch behandelt und die Bewaffnung des Proletariats gefordert hat, wurde, nachdem sie nur zwei Nummern nach dem letzten Verbot herausbringen konnte, unterm 21. Oktober vom Reichswehrministerium **erneut verboten.**

Die Meldung aus Aachen, daß dort am Sonnabend bewaffnete Separatisten die „Rheinische Republik" ausgerufen haben, wird bestätigt. Etwa 2000 bewaffnete Separatisten besetzten die öffentlichen Gebäude und ziehen von Ort zu Ort, um die Bewegung über das ganze rheinische Gebiet zu tragen. Ohne auf die Ursachen dieser Bewegung jetzt des Näheren einzugehen, muß doch festgestellt werden, daß die nachrevolutionären Regierungen nicht schuldlos an diesen Dingen sind. Sie stellten sich bedingungslos in den Dienst der kapitalistischen Bourgeoisie, die selbst ein mehr oder minder großes Interesse an der Loslösung des Rheinlandes von Deutschland bekundete. Es ist möglich, daß die Aachener Bewegung nicht endgültig die Selbständigkeitserklärung des Rheinlandes bedeutet — der ernste Anfang aber zur Verwirklichung dieses Zieles ist sie zweifellos.

Abtrennung der westlichen Industriegebiete von Deutschland, Konstituierung eines gewaltigen selbständigen Bollwerkes der Gegenrevolution in Bayern, verschärftes Vorgehen der Reichsregierung gegen die sich zur Wehr setzende Arbeiterschaft in Mitteldeutschland und Sachsen — die deutsche Arbeiterschaft ist sich dieser Lage bewußt. Jeder Tag bringt neue Beweise dafür. Nicht nur, daß sie sich der Auflösung der proletarischen Hundertschaften widersetzt, findet sie sich auch in gemeinsamen Tagungen zusammen. In Chemnitz fand am Sonnabend und Sonntag der erste Arbeiterkongreß statt, der sich mit überwältigender Mehrheit für die Ausrufung des Generalstreiks zur Abwehr der Reichsexekutive gegen Sachsen entschied. Der Kongreß gibt hiermit nur der Stimmung der Gesamtarbeiterschaft Ausdruck, die allüberall ihren Willen zum entscheidenden Kampfe bekundet. In Mitteldeutschland wurde bereits der Generalstreik proklamiert, wenn auch zunächst als wirtschaftliche Abwehrmaßnahme ohne politische Ziele. Und wenn sich die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei auch heute noch gegen den Strom zu wenden versuchen, so werden sie von dem Willen ihrer Mitglieder hinweggefegt werden. Die Berliner Sozialdemokraten haben damit bereits den Anfang gemacht, indem sie in ihrer Generalversammlung am Sonntag unter schärfster Mißbilligung der Haltung des „Vorwärts" und der Reichstagsfraktion einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und den rechten Führern zogen und den bisherigen Vorstand durch Angehörige der Opposition ersetzten. Die Anhänger der Koalitionspolitik vereinigten bei der Abstimmung nur etwa 15 Prozent der abgegeben Stimmen auf sich. Aber nicht nur in Berlin geht dieser revolutionäre Zersetzungsprozeß vor sich — im ganzen Reiche scheiden sich die revolutionären Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei von ihren burgfriedlichen reaktionären Führern und stärken so die Abwehrfront des Proletariats. Diese Linken sind allerdings ihrem Wesen treu. Sie sind noch schwankend, wenn Taten von ihnen gefordert werden. Aber die hinter ihnen stehenden Mitglieder sind zweifellos besser. Was die klare Einsicht in die Dinge nicht zustande bringt, daß wird den Massen durch den kathastrophalen wirtschaftlichen Zerfall und durch die ganz systematisch vorgenommenen Betriebsschließungen der Großindustrie eingebläut, die die Hunger- und Elendskurven selbst der noch arbeitenden Bevölkerung geradezu wahnsinnig in die Höhe treibt. Niemand, der nicht selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland lebt, kann sich auch nur eine schwache Vorstellung von dem machen, was sich hier ereignet. Die übertriebenste Phantasie reicht nicht aus, um sich das Elend weitester Bevölkerungskreise auszumalen: ein ganzes Volk wird gemordet!

Arbeitslose und Kurzarbeiter, Kriegerwitwen und -Waisen, Sozialrentner und Angehörige des sogenannten Mittelstandes, die Angehörigen geistiger Berufe und selbst die noch vollbeschäftigten Arbeiter — sie alle werden von den Kapitalisten und ihren Henkern dem sicheren Tode überantwortet. Man hat das Gefühl, daß uns nur noch Tage von den entscheidenden Ereignissen trennen.

Der Arbeiterkongreß in Chemnitz.

Von Fritz Müller (Chemnitz).

** Am Sonntag, den 21. Oktober 1923 tagte in Chemnitz eine Konferenz der Betriebsräte, Gewerkschaften, Kontrollausschüsse und Konsumvereine, die von dem sächsischen Arbeits-, dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium einberufen wurde und zur Frage der Ernährung und der Beschaffung von Arbeit im Freistaat Sachsen Stellung nehmen sollte.

Die Ernährungslage in Sachsen ist eine äußerst schwierige. Auf der einen Seite das faschistische Bayern, das wohl Getreide, Kartoffeln und vor allem Milchprodukte ausführen könnte, sich aber systematisch weigert, dem Roten Sachsen auch nur einen Sack Kartoffeln zu liefern — auf der anderen Seite die agrarischen Gebiete Schlesiens und Ostpreußens, die auf Befehl der Reichswehrgenerale keine Lebensmittel ausführen. Es besteht eine effektive Blockade Sachsens. Sachsen selbst kann Lebensmittel in genügender Menge für seine Bevölkerung nicht produzieren. Es ist ein überindustrialisiertes Land mit einer Bevölkerungsdichtheit, die die Preußens um das Dreifache übertrifft.

In dieser schweren Lage haben sich nun die sozialdemokratischen und kommunistischen Minister Sachsens an die kapitalistischen Kreise, an die Industrie, den Handel und die Banken gewendet, der Regierung bei der Beschaffung von Brot und Arbeit für die notleidende Bevölkerung helfend beizustehen. Das Resultat war vorauszusehen. Nicht einen Finger machten die Herren krumm, um auch nur einem Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, nicht eine schäbige Papiermark opferten sie, um den Hungernden Brot zu geben. Hierauf wurde der Arbeiterkongreß von den drei in Frage kommenden Ministerien einberufen.

Es traf sich sonderbar, daß dieser Kongreß gerade am Tage nach der Proklamation des Generals Müller an die sächsische Bevölkerung stattfand. Ruhe und Ordnung wolle er mit Hilfe der Reichswehr in Sachsen wieder herstellen, so erzählte der General. Das wirtschaftliche Chaos in Sachsen — das seiner Meinung nach größer sei als im übrigen Reich —, will er mit dem Säbel beseitigen. Tätlichkeiten gegen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber will er verhüten. Verfassungsmäßige Zustände sollen wieder hergestellt werden. Unter diesem Zeichen tagte die Konferenz in Chemnitz. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Graupe und die beiden kommunistischen Minister, Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Heckert, referierten. Genosse Heckert malte ein geradezu erschütterndes Bild von der Notlage der arbeitenden Bevölkerung Sachsens. Mehr als 12 Prozent aller Einwohner müssen vom Staate unterstützt werden. Genosse Böttcher schilderte die Maßnahmen, die die Regierung bisher ergriffen hat, um dieses Elend wenigstens teilweise zu lindern. Sie hat im Laufe der letzten Woche für den Ankauf von Kartoffeln acht Billionen Mark zur Verfügung gestellt. Sie hat sich, als die Verhandlungen mit den Vertretern des Kapitals an dem grenzenlosen Egoismus dieser Kreise und ihrem fanatischen Haß gegen die sächsische Arbeiterregierung scheiterten, durch den Finanzminister an eine proletarische Organisationen, an die Internationale Arbeiterhilfe gewandt, um mit ihr über die Brotbeschaffung zu verhandeln. Die IAH. hat sich auch sofort bereit erklärt, 2000 Tonnen Getreide zu liefern. Von diesem Getreide, das teilweise schon in Sachsen eingetroffen ist, werden bereits am Donnerstag über 20 000 Sechspfundbrote unentgeltlich an die notleidende Bevölkerung in Dresden verteilt werden. Im ganzen sollen im Laufe dieser Woche etwa 800 000 Menschen in Sachsen unentgeltlich ein Sechspfundbrot erhalten. Auch auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung hat sich die Regierung die größte Mühe gegeben, und sie steht vor dem Abschluß eines Vertrages mit Sowjetrußland, der der sächsischen Industrie Beschäftigung und im Austauschwege der sächsischen Bevölkerung 30 000 Tonnen Getreide bis Ende November sichern soll.

Der Arbeitsminister Graupe gibt die Antwort auf die Proklamation des Generals Müller. Jawohl, die wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse in Sachsen gestalten sich von Tag zu Tag schwieriger. Die sächsischen Käufer beziehen keine Ware mehr und es stimmt, daß dieses wirtschaftliche Chaos gewollt herbeigeführt wurde. Aber gewollt von wem? Nicht die Arbeiterschaft ist verantwortlich für diese Zustände. Verantwortlich sind jene Kreise, die Deutschland in den Weltkrieg gehetzt haben, jene Kreise, die — nicht zufrieden mit der Niederlage Deutschlands im Weltkriege — einen neuen Krieg, den Ruhrkonflikt anzettelten, der die deutsche Wirtschaft vollständig ruinierte. Verantwortlich sind jene Kreise der Landwirtschaft, der Industrie und der Hochfinanz, die ganz planmäßig daran gehen, Sachsen auszuhungern, die die Betriebe einstellen und der Regierung jeglichen Kredit verweigern, nur aus dem Grunde, weil die Regierung den Willen der Arbeiterschaft, der Mehrheit der Bevölkerung Sachsens, widerspiegelt. Es liegen dokumentarische Beweise vor, daß Unternehmer ihre Betriebe einstellen, weil sie die neuen Betriebssteuern nicht bezahlen wollen, weil sie zum Devisenankauf nicht mehr zugelassen werden, weil sie Anweisungen von ihren Syndikaten erhalten haben, die Produktion einzustellen, um die Preise nicht zu drücken. Fürwahr, eine vernichtende Anklage gegen die besitzenden Klassen!

Demgegenüber wird die sächsische Regierung jetzt selbst Kredite an die Konsumvereine geben, damit diese Waren einkaufen können. In den nächsten Tagen wird eine Bestandaufnahme sämtlicher Lebensmittel in Sachsen durchgeführt werden. Neben der Kontrolle der Produktion muß auch eine Kontrolle der Banken verlangt werden. Der Handelsvertrag mit Rußland muß abgeschlossen werden, um der Bevölkerung Arbeit und Brot zu sichern.

All diese Anregungen fanden bei sämtlichen Anwesenden begeisterte Zustimmung, und die sächsische Regierung kann sicher sein, daß sie bei der arbeitenden Bevölkerung Sachsens völliges Verständnis und tatkräftigste Unterstützung ihrer Arbeit finden wird.

Aber die Konferenzteilnehmer verlangten mehr!

Die Debatte über Brot und Arbeit wuchs weit über diesen Rahmen hinaus, in das politische Gebiet hinein. Ein Redner nach dem anderen stand auf und erklärte: nur der Kampf kann uns aus dieser Situation retten. Der Generalstreik muß sofort proklamiert werden. Bei der Zusammensetzung der Konferenz, dem zum größten Teil nur Delegierte wirtschaftlicher Organisationen (Konsumvereine, Kontrollausschüsse usw.) beiwohnten, kam ein Beschluß für Aufnahme des sofortigen Kampfes nicht zustande. Es wurde der vorläufige Antrag gestellt, eine paritätische Kommission zu wählen, die bei der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, der KPD., der VSPD. und den Gewerkschaften bei verschärfter Situation für die sofortige Ausrufung des Generalstreiks zur Abwehr der Reichsexekutive gegen Sachsen eintreten soll. Die Kommission hat Vollmacht, für den Fall der Ablehnung der Ausrufung des Generalstreiks durch die Instanzen von sich aus die nötigen Schritte zur Durchführung des Generalstreiks in den Betrieben selbständig einzuleiten. Dieser Antrag wurde angenommen. Auch die kommunistischen Genossen stimmten ihm zu, um die einheitliche Kampffront zu sichern, obwohl die Mehrheit der Konferenz, Kommunisten und revolutionäre Sozialdemokraten, die sofortige Proklamierung des Generalstreiks verlangten.

Aufruf der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen an die werktätigen Frauen Deutschlands.

(Angenommen in der Delegierten-Versammlung zu Moskau am 8. Oktober 1923.)

** Auf Euer Land sind jetzt die Blicke der ganzen Welt gerichtet. — Der Druck, die Ausbeutung, die Hungerqualen und die Entrechtung der Arbeiter und Bauern haben ihren Höhepunkt erreicht. Es brodelt, die Empörung wächst in den Herzen . . . Die Schleier fallen von den Augen der Werktätigen, sie erheben sich zum entscheidenden Kampfe gegen ihren Todfeind, die Bourgeoisie. Aber die Bourgeoisie sucht ihrem Untergang mit Hilfe der Faschistenbanden vorzubeugen, indem die Werktätigen einem noch größeren Elend, einer noch größeren Versklavung ausgesetzt werden sollen. Die entfesselte Reaktion würgt Euch und Eure Kinder. Wir können uns demgegenüber nicht gleichgültig verhalten. Wir sind mit Euch blutvereint. Euch niederschlagen und dann auf uns sich stürzen — das ist der Lieblingsgedanke unserer gemeinsamen Feinde. Frauen, Schwestern und Mütter der Arbeiter und Bauern! Wir warnen Euch: die Gefahr ist groß! Der Augenblick naht, da die Gesellschaft scharf in zwei kämpfende Lager zerfällt . . .

Ihr werktätigen Frauen Deutschlands nehmt in diesem Kampfe den gebührenden Platz ein! Schulter an Schulter mit Euern Männern, Brüdern und Vätern sollt Ihr der Bourgeoisie die Rechnung vorlegen. Ihr werdet die Bezahlung erzwingen. Wir denken an unser Jahr 1917, an unseren großen Oktober. Am sechsten Jahrestag unseres Oktober sagen wir Euch: Es gibt keinen anderen Ausweg aus der schweren Lage, in der Ihr Euch befindet, als den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Macht der Arbeiter und Bauern. Nach den Meldungen,

die zu uns gelangen, beginnt Ihr Euch dessen bewußt zu werden. Wir begrüßen Euer Erwachen, wir fühlen Eure tiefe Not, mit Euch zugleich leiden wir um Eure hungernden Kinder und sind bereit, Euch zu Hilfe zu kommen. Unser Staat ist zwar noch nicht genügend erstarkt, wir verfügen noch über keinen Ueberfluß, aber wir wissen, wie wertvoll in einem solchen Augenblick jede Hilfe ist und werden uns durch nichts davon abhalten lassen, Euch unsere tatkräftige Solidarität zu bekunden.

Wir, die Vertreter der Arbeiterinnen und Bäuerinnen der Roten Hauptstadt des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken, erklären mit Bestimmtheit: Unserer Ansicht werden sich die Arbeiterinnen und Bäuerinnen unseres ganzen Landes anschließen!

Seid standhaft, fest und mutig!

Die Augen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen der ganzen Welt sind auf Euch gerichtet!

Hoch leben die revolutionären werktätigen Frauen Deutschlands!

Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung Deutschlands!

Es lebe die Dritte Kommunistische Internationale!

Politik

Die neue Entwicklung der Ruhr- und Reparationskrise

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

** In der Reparationsfrage muß man heute mehr denn je den Schein von der Wirklichkeit unterscheiden. Der Schein sind die Bemühungen der Ententeregierungen, von Deutschland Reparationszahlungen in bar zu erhalten. Der Ort, wo diese Komödie gespielt wird, ist die Reparationskommission. Die Wirklichkeit besteht in der Annexion des Ruhrgebiets durch den französischen Kapitalismus. Was dort die Reparationskommission bedeutet, das sind hier General Degoutte und das Hüttenkomitee.

Es ist zwar richtig, daß Frankreich bei seinen zerrütteten Finanzen deutsche Zahlungen auf Reparationskonto bitter nötig hätte. Es stimmt auch, daß das Vertrauen der französischen Mittelschichten zu den Staatspapieren wie zum Franken wesentlich durch die Formel aufrechterhalten wird: „Der Deutsche wird bezahlen." Wenn sich einmal herausstellt, daß der Deutsche nicht bezahlen kann, wird es ein furchtbares Erwachen geben. Die Zustimmung, die Poincarés Ruhrpolitik noch jetzt bei breiten Schichten des französischen Mittelstandes findet, erklärt sich aus dieser Ueberzeugung. Diese Kreise hoffen, daß Poincaré durch die Politik der starken Faust im Ruhrgebiet Deutschland zum Zahlen nötigen würde. Dann wäre das Defizit des französischen Staatshaushalts verschwunden, der Franken würde steigen, und die Rentner brauchten keine Sorge zu haben, daß die französischen Staatsanleihen unter ihren Händen ebenso in Nichts zerflattern wie die Kriegsanleihen des Deutschen Reiches.

Herrn Poincaré und den Gewaltigen des Hüttenkomitees muß man freilich die nötige Einsicht zutrauen, daß sie die Komödie von der deutschen Zahlungsfähigkeit durchschauen. Jeder Banklehrling könnte die Politiker Europas belehren, daß ein Land dem andern reale Zahlungen nur in Gestalt von Waren leisten kann. Wenn Deutschland wirklich die Reparationssumme bezahlen würde, dann wehe seinen Gläubigern! Dann würden die deutschen Reparationswaren den Weltmarkt überschwemmen, und viele Millionen von Familien in den Siegerländern würden durch Arbeitslosigkeit merken, was es heißt, wenn Deutschland wirklich — bezahlt. Wie charakteristisch ist es, daß bisher sämtliche deutsch-französischen Sachlieferungsabkommen an der Sabotage der französischen Industrie gescheitert sind! Wieviel Aufsehen erregte doch seinerzeit das Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur, und noch mehr der Vertrag zwischen Stinnes und Lubersac! Aber beide Abkommen sind nichtige Papierfetzen geblieben. Die französischen Großunternehmer, die allein den Profit beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete machen wollen, haben es verhindert, daß deutsche Sachlieferungen in nennenswertem Umfange den verwüsteten Provinzen Nordfrankreichs zugute kamen. Das ist der beste Beweis, daß Frankreich deutsche Reparationszahlungen gar nicht bekommen kann und im Grunde genommen gar nicht will. Die Lieferungen von Ruhrkoks an Frankreich stehen auf einem anderen Blatt. Der Schuldtitel, den Frankreich gegen Deutschland in Gestalt der Reparationsklauseln des Versailler Vertrags in der Hand hat, soll nur den Vorwand bieten für die Unterwerfung des westdeutschen Kohlen- und Eisengebiets unter die französische Schwerindustrie.

Wer sich diese Zusammenhänge klar macht, wird die neuesten Bemühungen in der Reparationskommission mit Gleichmut verfolgen. Nach dem Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet müssen die Entente-Regierungen so tun, als ob sie ernsthaft eine Lösung des Reparationsproblems suchten. Zu diesem Zweck greift man auf den bekannten belgischen Plan zurück, der im letzten Juni zustande kam. Die englische, italienische und französische Regierung haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Reparationskommission den belgischen Plan für ihre nächsten Bemühungen zugrunde legen soll. Der belgische Plan enthält allerlei Kombinationen über Deutschlands Zahlungsvermögen. Es sollen danach in Deutschland gewisse internationale Monopole geschaffen werden, und zwar für den Verkauf von Zucker, Salz, Tabak, Wein, Spirituosen, Streichhölzern usw. Die Ausübung dieser Monopolrechte soll internationalen Syndikaten zufallen, in denen neben den ausländischen Kapitalisten auch deutsche Kapitalskreise vertreten sein sollen. In ähnlicher Weise will man die deutschen Reichseisenbahnen behandeln. Der Ertrag all dieser Unternehmungen soll der Reparationskasse zufließen. Es ist klar, daß eine solche Kombination die Lebenshaltung der arbeitenden Massen Deutschlands enorm verteuern und den an der Monopolverwaltung beteiligten internationalen Kapitalisten ganz hübsche Provisionen und Spesen aller Art verschaffen würde. Aber was würden solche Versuche für die Reparation helfen? Der Ertrag all dieser Monopolverwaltungen würde selbstverständlich in Papiermark, bzw. in der zu jener Zeit gültigen deutschen Währung bestehen. Wie sollen aber die Ententestaaten derartige Mengen von deutschem Gelde realisieren? Der Besitz deutschen Geldes bedeutet die Möglichkeit, Waren aus Deutschland zu kaufen. Wir stehen also wieder vor der alten Schwierigkeit, daß Deutschland nur in Waren seine Reparation leisten könnte. Ueberdies müßte die deutsche Währung erst stabilisiert werden, ehe derartige Erträge in deutscher Mark für die Reparationsgläubiger irgendwelchen Zweck hätten. Die Stabilisierung der deutschen Währung bleibt aber trotz der Rentenmark ein Luftschloß.

Die Reparationskommission wird Erwägungen dieser und ähnlicher Art in aller Breite anstellen, und vielleicht wird man erneut die Prüfung der gesamten deutschen Zahlungsfähigkeit vornehmen. Solche Erwägungen und Prüfungen dauern lange Zeit und Poincaré will zunächst Zeit gewinnen. Er will die Energien der englischen Regierung auf die Arbeit in der Reparationskommission ablenken. Herr Baldwin mag sich darüber den Kopf zerbrechen, ob man Deutschlands Gesamtschuld auf 40 oder 50 Milliarden Goldmark festsetzen soll, mit wieviel Prozent die deutsche Reparationsschuld zu verzinsen ist, wer die Priorität bei den deutschen Zahlungen haben soll, und ähnliche Spekulationen über die Verteilung des Bärenfells, das man noch nicht besitzt. Inzwischen handelt Poincaré an der Ruhr.

Die Tendenz der französischen Rhein- und Ruhrpolitik ist vollkommen klar: Man will mit der Berliner Regierung über das Schicksal des Rhein- und Ruhrlandes überhaupt nicht mehr sprechen. Poincaré findet immer neue Vorwände, um einer solchen Besprechung aus dem Weg zu gehen. Er verlangt zur Zeit formal ganz geschickt, daß in bezug auf die Kohlenlieferungen der Zustand vor der Ruhrbesetzung wieder hergestellt wird. Die deutschen Zechen wollen aber Koks und Kohle nur dann an Frankreich liefern, wenn die deutsche Regierung ihnen die Lieferungen bezahlt. Dazu sind die deutschen Reichsfinanzen nicht imstande. Also ist das Reich unfähig, seine Verpflichtungen in der Kohlen- und Kokslieferung zu erfüllen, also braucht Poincaré mit Herrn Stresemann nicht zu verhandeln!

Eine sehr einfache Schlußkette. Was folgt daraus weiter? Frankreich wird mit den einzelnen Konzernen der Ruhrindustrie selbständig Verträge abschließen im Sinne des Wolff-Abkommens und der Verhandlungen mit Stinnes. Frankreich wird unter Umständen selbst der Ruhrindustrie Vorschüsse an Bargeld leisten, um ihr die Lieferungen zu erleichtern. Damit wird die Ruhrindustrie vollkommen in die Hand Frankreichs geraten, das Hüttenkomitee wird mit Stinnes, Klöckner und Wolff alles Nähere vereinbaren, die wirtschaftliche Angliederung des Rhein- und Ruhrlandes an Frankreich wird eine Tatsache sein. In denselben Rahmen gehört die Verewigung der französischen Eisenbahnregie im Rhein- und Ruhrland unter Beteiligung auch deutscher Industrieller, so wie es Stinnes in seinen bekannten Vorschlägen an die Reichsregierung darlegte. Selbstverständlich bleibt auch das französische Militär im Ruhrgebiet, um diese ganzen Manipulationen zu decken. Welche politische Form man für diese tatsächliche Loslösung des Rhein- und Ruhrlandes von Deutschland finden wird, steht noch nicht fest und ist auch gleichgültig. Erst nachdem die ökonomische Angliederung des Rhein- und Ruhrlandes an Frankreich vollzogen ist, wird Poincaré wieder gnädigst mit Stresemann reden.

Man sieht ohne weiteres, daß gewisse Grundgedanken des belgischen Reparationsplans sich mit der praktischen Ruhrpolitik Poincarés decken. Der Betrieb der Eisenbahnen und ebenso der Kohlenzechen des Rhein- und Ruhrlandes durch gemischte deutsch-französische Kapitalsgruppen paßt ohne weiteres in den belgischen Plan. Der Unterschied ist nur, daß

die Neuregelung der Wirtschaft im Ruhrgebiet ausschließlich den beteiligten Privatunternehmern zugute kommt, aber nicht der Reparationskasse. Immerhin dürfte Poincaré, wenn er erst im Ruhrgebiet so weit ist, ohne Mühe auch die internationale Formel finden, die seine Räubereien mit den Reparationsparagraphen des Versailler Vertrages in Einklang bringt. Und dann wird man die deutsche Regierung zur Unterschrift unter das Ganze zwingen — wenn nicht inzwischen das deutsche Proletariat einen Strich durch die Rechnung macht.

Aus Sowjetrußland

Die Erste Internationale Bauernkonferenz an Lenin.

** Die Erste internationale Bauernkonferenz sendet Dir, dem großen Führer der siegreichen Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands, herzliche Grüße.

Du, als erster, hast die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft verkündet und damit auch den Bauern der ganzen Welt den Weg zur Befreiung gewiesen. Die in der Hauptstadt des ersten Arbeiter- und Bauernstaates versammelten Vertreter der werktätigen Bauernschaft verschiedener Länder Europas, Asiens, Süd- und Nordamerikas, wünschen Dir baldige Genesung und erwarten sehnlich die Stunde, in der Du wieder das Steuer der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung ergreifst. Nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Bauernschaft der ganzen Welt sieht in Dir ihren Führer.

Die erste Internationale Bauernkonferenz gelobt, mit allen Kräften für das Schutz- und Trutzbündnis mit der Bauernschaft zu kämpfen.

Es lebe das Bündnis der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt!

Es lebe die Weltrevolution!

Ein Kampfgruß der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Wenn die Frau im allgemeinen unter dem Druck der sozialen und ökonomischen Zustände mehr zu leiden hat, so gilt dies doppelt für die russische schaffende Frau. Aus den dumpfen Löchern der kapitalistischen Betriebe, aus den von Hunger und Seuchen heimgesuchten Dörfern des weiten Landes kam die russische Arbeiterin, kam die Bäuerin in die Revolution. Es folgten die furchtbaren Jahre des Bürgerkrieges mit all den Entbehrungen, dem Hunger und der Not, die die Frau als Hausfrau und Mutter am meisten treffen. Die schweren Jahre sind vorbei. Krieg und Bürgerkrieg sind zu Ende. Die werktätige Frau Rußlands kann aufatmen: man kann sich sattessen, man braucht nicht um sein Leben zu zittern, man kann sich etwas anschaffen. . . Aber heißt dies, daß die russische Arbeiterin jetzt „beruhigt", von nichts mehr etwas wissen will und nicht das geringste Interesse mehr für Politik, Revolution, Kampf hat? O nein! Im Gegenteil. Die russische werktätige Frau ist für die Fragen des Kampfes und der Revolution viel empfänglicher geworden, und zwar nicht allein für diese Fragen im eigenen Lande, sondern auch für den Kampf der ausländischen Brüder und Schwestern. Und das ist ein Verdienst der russischen Revolution, daß das russische Proletariat international geworden ist.

Nirgends hat sich die internationale Solidarität der russischen Arbeiterin und Bäuerin so schön gezeigt wie in der Delegiertinnen-Versammlung, die am 8. Oktober in Moskau abgehalten wurde.

Die Versammlung (im Siminschen Theater) vereinigte nicht weniger als 4000 Frauen — alles Arbeiterinnen und Bäuerinnen aus Moskau und Besucherinnen der großen landwirtschaftlichen Ausstellung. Genossin Clara Zetkin referierte über die Lage in Deutschland (der erste Punkt der Tagesordnung war die Frage der Goldanleihe). Nach dem Vortrag der Genossin Zetkin, die immer noch sehr schwach und leidend ist, nahmen dann die russischen Proletarierinnen Stellung zur Frage der deutschen Revolution. Eine Arbeiterin aus den Betrieben nach der anderen, eine Bäuerin vom Lande nach der anderen trat auf die Rednerbühne und erklärte in ihrer einfachen, ungeschminkten Redeweise: „Wenn die deutsche Arbeiterin in den Kampf tritt, dann werden wir nicht als müßige Zuschauer dastehen. Wir werden Euch zu Hilfe kommen, wir werden Euch mit allem helfen, was wir haben." Es klang keineswegs wie eine Phrase, als eine alte Bäuerin mit verwitterten Zügen energisch ausrief: „Wenn man mir sagt: „Gehe sofort hin, um der deutschen Revolution zu helfen, ich würde auf der Stelle losgehen, würde Mann und Sohn verlassen. . ."

Die Frauen begnügten sich nicht mit Worten allein. Sie waren mit reichen Gaben in diese Versammlung gekommen. Zunächst brachten sie Fahnen mit, rote Fahnen, die sie dem deutschen Proletariat für die kommenden Kämpfe als Symbol des schwesterlichen Bandes zwischen der russischen und der deutschen Arbeiterin darreichten. Dann wurde als Vertreterin des deutschen Proletariats die Genossin Clara Zetkin gefeiert. Nach der Sitte der russischen Kommunistischen Partei wurde sie von verschiedenen Betrieben zur Ehrenarbeiterin ernannt: als Ehrenweberin einer Textilfabrik, als Ehrenlöterin einer Glühlampenfabrik, als Ehrenschneiderin. Es war etwas Rührendes dabei, wie dies geschah: man band der greisen Vorkämpferin des deutschen Proletariats gleich die Arbeitsschürze um, steckte ihr den Fingerhut an die Hand usw. Die Frauen hatten auch Geschenke mitgebracht, jeder Betrieb bot dasjenige dar, was er hatte, ein Tuch, eine gestickte Jacke, eine Torte, Zigaretten usw. Es war ein Symbol für die Hilfe, die das russische Proletariat dem deutschen durch sein Getreide bringen kann, als eine Bäuerin der Genossin Zetkin eine Aehrengarbe mit einer Sichel überreichte. Diese Bäuerin überreichte ihr Geschenk mit ebensoviel Innigkeit, als ob sie ihr Bestes gäbe. Jede Frau, die auf die Bühne trat, erfüllte ein Gebot hoher Pflicht. Aller Augen glühten, aller Herzen schlugen höher. Jede Arbeiterin, jede Bäuerin, die Clara Zetkin die Hand reichte und von ihr umarmt wurde, verband sich in diesem Moment leiblich und seelisch mit dem deutschen Proletariat. . . Ganz spontan riß eine Arbeiterin ihren Ehering vom Finger und schickte ihn auf die Bühne als Spende für die revolutionären Kämpfer in Deutschland. Und bald regnete es von allen Seiten Gaben und Geld. Die Frauen rissen sich die Ohrringe von den Ohren, die Ringe von den Fingern. Ein ganzer Haufen von Goldsachen wurde gesammelt. Welche Goldsachen hat denn die Proletarierin? Ein armseliges Paar Ohrringe, die vielleicht einmal in der übermütigen Zeit der Jugend, in besseren Tagen angeschafft wurden, oder der schmale, billige Ehering, den sie im glücklichsten Augenblick des Lebens erhalten hatte. Nun gab sie das Beste, ihre schönste Erinnerung, der Revolution, ihrem höchsten Ideal hin. . .

Arbeiterbewegung

Die Stellung der KPF. zum Kongreß der CGTU.

In der Tagung ihres Nationalrats vom 14. und 15. Oktober 1923 hat die KPF. auch Stellung genommen zum bevorstehenden außerordentlichen Kongreß der CGTU., der die Frage der Gewerkschaftskommissionen, der Beziehungen zwischen den Parteien und der Gewerkschaften, der gewerkschaftlichen Einheit und die Stellung der Gewerkschaften zur sozialen Revolution festlegen soll. Die Stellung der KPF. zu dieser Streitfrage ergibt sich aus der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution, die wir im Auszuge wiedergeben. Die Redaktion.

Die Gewerkschaftskommissionen.

** „. . . Die Kommunistische Partei erneuert die Erklärung, daß sie sich die Beschlüsse des 2. Weltkongresses der RGI. zu eigen macht und namentlich den, der die Autonomie der französischen Gewerkschaftsbewegung anerkennt und der von der RGI. bisher strikte eingehalten wurde. Sie wird sich im Kampfe niemals an die Stelle der Gewerkschaften zu drängen suchen, noch sich in die Verwaltungstätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen einmischen.

Die KP. hat sich ihre Gewerkschaftskommissionen geschaffen. Sie nimmt für sich dasselbe Recht in Anspruch wie die Sekten und übrigen Parteien, eine gewerkschaftliche Richtung zu verkörpern.

Die Gewerkschaftskommissionen sind erst nach dem Abschluß des Paktes berüchtigten Angedenkens und nach der Bildung des Komitees für gewerkschaftliche Verteidigung entstanden. Gleichwohl haben die Kommunisten niemals die Abhaltung eines Kongresses zur Durchsetzung der Verurteilung dieser Gruppen erzwungen. Sie können mithin feststellen, daß sie nur von einem Rechte Gebrauch machten, das andere bereits vor ihnen für sich in Anspruch genommen haben. Sie stellen ihre eigene Toleranz und ihre Achtung vor der Freiheit anderer der Intoleranz ihrer Gegner gegenüber, die wütende Feinde der Diktatur sind.

Aber selbst, wenn keine solchen Präzedenzfälle vorlägen, hätte die KP. dazu übergehen müssen, ihre gewerkschaftlich organisierten Mitglieder in Gewerkschaftskommissionen zusammenzufassen. Niemand wird zum Eintritt in die Partei gezwungen, aber jeder, der ihr beitritt, muß sich überall als Kommunist betätigen. Er kann nicht in der Partei Revolutionär und in der Gewerkschaft Reformist sein, er kann sich nicht in der Partei kommunistisch und in irgendeiner anderen Gruppe antikommunistisch betätigen. Wenn die Partei nicht in die Irrungen und Wirrungen der Vergangenheit zurückverfallen will, muß sie das Recht haben, ihre Mitglieder zu kontrollieren. Ihr liegt auch die Pflicht ob, die Tätigkeit ihrer Mitglieder anzuspornen und von ihnen ein Maximum von Arbeit zu fordern . . . .

. . . . Innerhalb der Partei haben die Gewerkschaftskommissionen, die sich ausschließlich aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzen, eine erste wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie sollen die Verpflichtung, daß alle der Partei angeschlossenen Arbeiter auch gewerkschaftlich organisiert sein müssen, in die Tat umsetzen. Sie sollen für ihre gewerkschaftliche Schulung Sorge tragen. Nicht auf Befehl sollen die Kommunisten in die Gewerkschaften eintreten und sich dort aktiv betätigen, sondern in der Erkenntnis des großen revolutionären Wertes ihrer Tätigkeit. In den Gewerkschaftskommissionen können die kommunistischen Arbeiter die zahlreichen Probleme, die in der Arbeiterbewegung auftauchen, studieren. Eine Kampfpartei braucht kampffrohe Menschen. Die Kommunisten haben die Pflicht, der proletarischen Bewegung die Kraft wiederzugeben, die sie befähigt, der bürgerlichen Gewaltanwendung zu trotzen . . . .

Die Gewerkschaftskommissionen haben eine weitere Aufgabe innerhalb der Gewerkschaften, sowohl der CGTU. wie der CGT. und der selbständigen Verbände zu erfüllen.

In der CGT. können die kommunistischen Arbeiter, die in ihr verblieben sind, nicht mehr länger schweigen. Sie müssen dort die Opposition gegen die antikommunistische und burgfriedliche Politik ihrer Führer organisieren.

In der CGTU. könnten die kommunistischen Arbeiter mit größerem Recht als das Komitee für gewerkschaftliche Verteidigung behaupten, daß die Gewerkschaftsbewegung bedroht ist, Denn gewisse Richtungen sind nur darauf bedacht, die von den Kongressen festgelegte Arbeit zu stören, und das von der CGT. erfundene Meinungsdelikt, das gestern zur Spaltung führte, wird jetzt von den Führern des Unitaristischen Bauarbeiterverbandes gegen die kommunistischen Mitglieder in Anwendung gebracht. Die kommunistischen Arbeiter werden sich aber nicht beirren lassen. Sie werden vielmehr noch weit eifriger als bisher für die Beschleunigung der gewerkschaftlichen Werbung und für die Propagierung der von ihnen dank ihrer Arbeit in ihren Gewerkschaftskommissionen gefundenen praktischen Lösungen tätig sein. Und allezeit, gestern wie heute, werden sie sich ohne Furcht, daß sie in der Minderheit bleiben, dem Gesetz der Mehrheit unterordnen und sich den Beschlüssen der Gewerkschaftsversammlungen fügen. Es kann sich bei ihnen nicht darum handeln, sich durch Ueberlistung Gewerkschaftsfunktionen zu erschleichen, sondern es kommt ihnen darauf an, sich Funktionen dadurch zu verdienen, daß sie sich als die tätigsten und opferfreudigsten Gewerkschafter erweisen und die Masse der Mitglieder für ihre Lösungen und kommunistische Auffassung gewinnen. Der Gedanke, daß ein kommunistischer Funktionär ein gewerkschaftliches Mandat mißbrauchen könne, ist unsinnig, denn er soll und kann nie ein Mandat annehmen, das zu seiner Ueberzeugung im Widerspruch steht. Der der Partei angeschlossene Arbeiter ist es sich selbst wie der Partei schuldig, der beste Gewerkschafter zu sein. Aber darüber hinaus darf er nie vergessen, daß er Kommunist ist. Seine Rolle besteht darin, für die Koordinierung immer größerer Angriffsbewegungen zu wirken und während der Teilkämpfe unermüdlich auf die Notwendigkeit großer Kämpfe zum Siege über den Kapitalismus und zur Befreiung der Arbeiterklasse hinzuweisen.

(Schluß folgt.)

Proletarische Frauenbewegung

Die 4. Frauenreichskonferenz der Kommunist. Partei Deutschlands.

Von Hertha Sturm (Berlin).

** Im Zeichen höchster Alarmbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse für entscheidende Kämpfe trat am 14. Oktober dieses Jahres in Berlin die Frauenreichskonferenz der KPD. zusammen.

Ursprünglich für den 27./28. Oktober einberufen, wurde sie kurzerhand um zwei Wochen vorverlegt, um den leitenden Parteifunktionärinnen unverzüglich die politischen und organisatorischen Direktiven für ihre besonderen Aufgaben zu geben. Die Mobilisierung der breitesten Frauenmassen, deren politische Bedeutung schon in der Massenstreikbewegung des August in die Augen sprang, ist eine Lebensfrage für die Eroberung und Behauptung der politischen Macht durch das Proletariat. Dieser Gedanke, der durch die Erfahrungen der revolutionären Kämpfe im letzten Jahrfünft Allgemeingut der Kommunistischen Internationale geworden ist, beherrschte die Konferenz.

Entsprechend der Situation nahm die Konferenz einen anderen Verlauf, als erst geplant war. Die Verhandlungen wurden auf wenige Stunden, die Tagesordnung auf einen einzigen Punkt eingeschränkt: „Die politische Situation und die Aufgaben der proletarischen Frauen in den revolutionären Kämpfen." Es waren kurze praktische Ergänzungen und Anregungen zu den zentral ausgegebenen Richtlinien aus den Erfahrungen der Arbeit in den Bezirken. Von einer Delegation zahlreicher Genossinnen aus den 28 Parteibezirken war Abstand genommen. Dem straff zentralistisch und militärisch aufgezogenen Parteiapparat entsprach die Entsendung einer einzigen Vertreterin jedes Bezirkes, die die Arbeit unter den Frauen verantwortlich leitet. Außerdem beteiligten sich als Gäste an der Konferenz Vertreterinnen der Kommunistischen Parteien Rußlands, Frankreichs, Englands und der Schweiz.

Ein Vertreter der Zentrale der KPD. kennzeichnete in knappen Zügen die politische Situation: Massenhunger, Weißer Schrecken, Bankerott der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus, die Kommunistische Partei als Führerin in den unaufhaltsam sich zuspitzenden Kämpfen, der Eintritt der Kommunisten in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen als ein Alarmruf zur höchsten Kampfbereitschaft an das gesamte deutsche Proletariat.

Die Zentrale der Partei ist sich der außerordentlich wichtigen Rolle der Frauen in den revolutionären Kämpfen voll bewußt und bekundete dies durch ihre Teilnahme an den Beratungen der Frauenkonferenz.

Anschließend entwickelte eine Vertreterin des Frauenreichssekretariats das Aktionsprogramm für die Mobilisierung der Frauenmassen der Arbeiterklasse und des proletarisierten Mittelstandes. Es gilt jetzt, die Frauen — gleichviel, ob Arbeiterinnen oder Hausfrauen — in alle Aktionen der Arbeiterschaft aufs engste einzubeziehen und die tiefgehende Erregung und Bewegung unter ihnen zu steigern. Die **Verzweiflung muß in den Willen zum Kampf umgemünzt** werden. Teuerungsdemonstrationen der Frauen zu den Behörden und zu den Betrieben, Demonstrationen der hungrigen Erwerbslosen, der Kriegsopfer und Sozialrentner samt Frauen und Kindern sind Sturmzeichen und zugleich politische Vorbereitung für das Kommende. In Streiks müssen die Frauen eng mit den Betrieben verbunden werden. Sie nehmen an Betriebsversammlungen teil, stehen Streikposten, organisieren Massenspeisungen für die Streikenden und ihre Kinder. In den letzten Kämpfen wird ihre besondere Aufgabe der Samariterdienst, das Ernährungswesen und die Kinderversorgung sein. Aber auch darüber hinaus wird die Frau bei keiner revolutionären Aufgabe, und sei es der Kampf mit der Waffe, zurückstehen.

Organisatorisch erfordert die Situation die äußerste Aktivität jeder einzelnen Parteigenossin in mündlicher und schriftlicher Propaganda wie in der Aktion, verstärkte Selbständigkeit, Initiative und Verantwortlichkeit der einzelnen innerhalb des Rahmens der allgemeinen Parteidirektiven.

Die Diskussion ergab Zustimmung zu dem Programm. Es zeigte sich, daß viele Bezirke in diesem Sinne schon weit vorgearbeitet und gute Erfolge erzielt haben. Uebereinstimmend wurde berichtet, daß die revolutionäre Stimmung unter den Arbeiterinnen und Hausfrauen so stark ist wie noch nie, daß der Einfluß der Kommunisten auf die indifferenten Massen u. a. in den von Frauen überfüllten Massenversammlungen der KPD. klar zutage tritt. Aber auch bei Streiks, Demonstrationen, auf den Märkten, beim Anstehen nach Lebensmitteln vor den Geschäften kann man die Politisierung und Revolutionierung der Frauenmassen mit Händen greifen.

Alle Parteigenossinnen sind sich der Größe der vor ihnen stehenden Aufgaben bewußt, alle sind von einem gesunden Vertrauen zur Führung der KPD. und zu ihrer eigenen Kraft beherrscht. Es wurden zwar gewisse Schwierigkeiten festgestellt, die sich bei der Umstellung der Partei in bezug auf die Eingliederung der Genossinnen in alle Funktionen ergeben hatten, aber alle waren davon überzeugt, daß die Genossinnen sich durch ihre Tüchtigkeit auf allen Gebieten der Parteiarbeit durchsetzen werden.

Der Schluß der Konferenz gestaltete sich zu einem starken Bekenntnis internationaler Klassensolidarität. Die Worte der Vertreterin Rußlands: „Wenn auch die Kämpfe in Deutschland hart und blutig sein werden, so mögen alle Genossinnen und Genossen stets dessen eingedenk sein, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht allein steht! Sie wird Hilfe erhalten durch Rußlands Getreide

und Rußlands Rote Armee!" lösten eine ungeheure Begeisterung unter den Teilnehmern der Konferenz aus, die mit einem Hoch auf die russische und deutsche Revolution geschlossen wurde.

*

Die russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen begrüßen die Frauenreichskonferenz der KPD.

In einem außerordentlich wichtigen verantwortlichen Moment beruft Ihr, teure Genossinnen, Eure Konferenz ein.

Es steht Euch bevor, jenen gewaltigen, entscheidenden Kampf zu beginnen, den die Kommunistische Partei Rußlands bereits hinter sich hat.

Wir, parteilose Arbeiterinnen und Bäuerinnen, begrüßen Eure Konferenz und geben unserer tiefen Ueberzeugung Ausdruck, daß Ihr Eure Pflicht gegenüber den werktätigen Frauen Deutschlands tun werdet.

Ihr werdet sie in den Kampf führen: sie werden mit Euch gemeinsam kämpfen.

Wir wissen dies aus eigener Erfahrung. In der Periode des blutigen Weltgemetzels, in den Jahren des Bürgerkrieges, im Verlauf der sechs Jahre seit dem Bestehen der Sowjetrepublik haben wir uns davon überzeugt, daß es für uns keinen anderen Weg gibt, als denjenigen, den uns die Kommunistische Partei führt.

Zu diesem Schluß werden auch die werktätigen Frauen Deutschlands gelangen, wenn Ihr sie zur rechten Zeit entschlossen in den Kampf führen werdet.

Mit dem größten revolutionären Interesse, erfüllt vom Wunsche Eures Sieges, unseres gemeinsamen Sieges, und mit der Bereitwilligkeit, Euch zu helfen, verfolgen wir Eure Schritte und werden sie weiter verfolgen.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!
Es lebe die Dritte kommunistische Internationale!

Arbeiterhilfe

Die Japan-Hilfe der Internationalen Arbeiterhilfe.

** Kürzlich wurde ein Aufruf der Roten Gewerkschafts-Internationale veröffentlicht, in dem die Arbeiterschaft zu einer schnellen und tatkräftigen Hilfe für die vom Erdbeben betroffene japanische Bevölkerung aufgefordert wird. Die Aktion der Roten Gewerkschafts-Internationale wurde jetzt mit der Aktion der Internationalen Arbeiterhilfe vereinigt, und die Exekutive der IAH. hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, ihren Apparat in den Dienst des von der Naturkatastrophe schwer betroffenen japanischen Proletariats zu stellen.

Der nachstehend wiedergegebene Aufruf an alle Arbeiter, Bauern und Werktätigen der ganzen Welt hat bereits Erfolge gezeitigt. Die Sammlungen haben schon bis jetzt eine Summe von über 15 000 Dollar ergeben:

„Das unterzeichnete Komitee gründete sich im Jahre 1921, um den von der Hungersnot schwer betroffenen russischen Arbeitern und Bauern zu helfen. Dank der Unterstützung der weitesten Bevölkerungskreise in allen Ländern war es dem Komitee möglich, eine gute und praktische Hilfe zu leisten. Im Verlauf von 1½ Jahren wurden über 40 000 Tonnen Lebensmittel, Kleider, Medikamente und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Die Hilfe dauert heute noch fort. Heute noch versorgt das unterzeichnete Komitee in Rußland zahlreiche Kinderheime mit Lebensmitteln, Kleidern, Lehrmitteln und pädagogischen Hilfsmitteln aller Art und organisiert gleichzeitig in glücklicher Weise landwirtschaftliche und industrielle Unternehmungen und fördert so in praktischer Weise den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands. Die russische Hungersnot ist seit Monaten liquidiert, die schwersten Wunden beginnen, dank der ausgezeichneten Unterstützung auch weiter ausländischer Kreise, langsam zu heilen.

Heute ist es ein anderes Land, das durch eine gleich schwere Naturkatastrophe wie Rußland 1921 heimgesucht wurde. In Japan hat vor einigen Wochen ein schweres Erd- und Seebeben sowie eine dadurch verursachte Feuersbrunst Tausende von Häusern zerstört und Dörfer und Städte in Trümmerhaufen verwandelt, Hunderttausende von Menschen vernichtet und Hunderttausenden von Menschen Obdach und Nahrung geraubt. Wie anläßlich der russischen Hungersnot im Jahre 1921 beeilen sich weite Kreise, dem namenlosen Elend zu steuern. Die japanische Regierung hat als erste ein großes Hilfswerk organisiert, andere Regierungen haben Mittel zur Verfügung gestellt, in England, Amerika und anderen Ländern haben sich Komitees und Organisationen zur Unterstützung und Hilfe gebildet. Besonders sind es weite Kreise der japanischen Arbeiter und Bauern, die unter den furchtbaren Verheerungen leiden und die heute am meisten den Entbehrungen und der Not ausgesetzt sind. — Getreu seinen Prinzipien, ohne Rücksicht auf politische, religiöse und andere Einstellungen, lediglich getrieben von dem heißen Wunsch, Leidenden zu helfen, Hungernde zu ernähren und Kranke zu heilen, hat das unterzeichnete Komitee beschlossen, ähnlich wie 1921 für die russischen Arbeiter und Bauern jetzt eine große internationale Aktion in allen Ländern einzuleiten, deren erste Aufgabe sein soll, auf rascheste Weise Lebensmittel, Kleider und Hilfsmittel aller Art den japanischen Arbeitern und Bauern zuzuführen. Wir zweifeln keinen Moment, daß unser heutiger Appell den gleichen freudigen Widerhall wie im Jahre 1921 finden wird und daß in allen Ländern sich Komitees bilden, die die praktische Durchführung unseres Aufrufs in die Wege leiten.

Wer rasch gibt, gibt doppelt! Hilfe tut dringend not!

Auslandskomitee
Internationale Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Klara Zetkin, Käte Kollwitz, Prof. Eltzbacher, Dr. Alfons Paquet, Prof. Oesterreicher, Ernst Toller, G. G. L. Alexander, Edwin Hoernle, Paul Scholze, Willi Münzenberg, Max Barthel, Theodor Liebknecht (Deutschland); Anatole France, Henry Barbusse, Vaillant-Couturier, André Marty (Frankreich); Henriette Roland-Holst, Edo Fimmen, J. W. Kruyt, J. Brommert, (Holland); Martin Andersen-Nexö (Dänemark); Ture Nermann, Bürgermeister Lindhagen, Z. Höglund (Schweden); S. Sievertsen (Norwegen); J. Matthieu, Pasteel (Belgien); Prof. Forel, Fritz Platten (Schweiz); Smeral, Kreibich (Tschechoslowakei); Prof. Graziadei, Misiano (Italien); Upton Sinclair, A. Davis (Amerika); Helen Gravfurd, Whitehead (England)."

Aufrufe

An die Arbeiter und Bauern Bulgariens!

Der Presse bereits im Sonderdruck zugestellt.

** Mit Erbitterung und loderndem Zorn erfuhren wir von den Verfolgungen, denen Ihr — nachdem Euer gemeinsamer Kampf vorläufig mit einer Niederlage endete — ausgesetzt seid.

Bauern Bulgariens! Ihr wart als einziges Bauernvolk der Welt in der glücklichen Lage, die Staatsmacht des Landes erobert zu haben. Mit brüderlicher Ehrlichkeit wollen wir es sagen: Ihr habt die Macht verloren, weil Ihr nicht rechtzeitig erkannt habt, daß die Bauernschaft nur im Bündnis mit der Arbeiterschaft imstande ist, einen Staat zu beherrschen. Der moderne Staat kann nur von den Städten aus beherrscht werden. Ihr aber müßt in schwerer Arbeit auf dem Felde Euer Brot verdienen. Eure Arbeit hält Euch von den Mittelpunkten der Macht fern. Um Eure Herrschaft erhalten zu können, wäre es notwendig gewesen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, ein Bündnis mit den Arbeitern zu schließen. Ihr habt es versäumt. Ihr seid von einer kleinen Bande bewaffneter Abenteurer überrumpelt und wieder in die alte Knechtschaft geschlagen worden.

Wir wollen aus Eurem Beispiel lernen. Aus allen Ländern der Welt in der Hauptstadt des ersten Arbeiter- und Bauernstaates versammelt, haben wir beschlossen, auf der ganzen Welt ein Bündnis der Arbeiter und Bauern gegen die herrschenden Klassen, gegen Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu schließen, um für die Befreiung der Arbeiter und Bauern, für Errichtung der gemeinsamen Macht der Arbeiter und Bauern zu kämpfen.

Bauern Bulgariens! Das glückliche Beispiel Rußlands, wo die Bauern und Arbeiter gemeinsam die Macht ausüben und das Beispiel Bulgariens, wo die Bauernmacht — auf sich allein gestellt — von einer Handvoll Abenteurer gestürzt wurde, zeigen uns den richtigen Weg. Gemeinsam mit den Arbeitern wollen wir arbeitende Bauern in allen Ländern kämpfen. Wir wollen bestrebt sein, in kürzester Zeit in vielen Ländern die Macht der Arbeiter und Bauern zu errichten, um Euch, die Ihr Vorkämpfer der Sache der Bauernschaft waret, möglichst rasch zu Hilfe zu eilen. Eure Niederlage wurde von der Herrenklasse aller Länder freudig begrüßt — unsere Siege werden Euch zugute kommen!

Bauern Bulgariens! Ihr selbst dürft durch die erlittene Niederlage nicht verzweifeln. Ist der richtige Weg gefunden, ist Euer Bündnis mit den Arbeitern fest geschmiedet, so wird Eure gegenwärtige Niederlage nicht von langer Dauer sein. Ihr dürft den Mut und den Kampfeswillen nicht verlieren. Mit Euch sind die Millionen und Abermillionen der werktätigen Bauern und Arbeiter der ganzen Welt.

Nieder mit den weißen Banden und Offiziershenkern!
Hoch das Bündnis der Arbeiter und Bauern!
Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung Bulgariens!

Die Erste Internationale Bauernkonferenz in Moskau.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.